

Fördermittel für den B-Plan

Stadtrat | Goetheplatz mit Denkmalschutzmitteln „ordnen“

Hildburghausen – Die Stadt Hildburghausen wird für die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Goetheplatz Fördermittel aus dem Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ beantragen. Das beschloss der Stadtrat in seiner Sitzung am Mittwoch mit 19 gegen vier Stimmen bei zwei Enthaltungen.

„Vertagung“ abgelehnt

Stadträtin Sabine Laube hatte eingangs beantragt, den Beschluss auf die nächste Sitzung zu verschieben. Sie wünschte sich eine eindeutiger Formulierung. Der Antrag wurde jedoch sogar mit den Stimmen aus ihrer eigenen Fraktion abgelehnt.

Der Aufstellungsbeschluss war bereits im Mai dieses Jahres im Stadtrat gefasst worden. Mit dem Bebauungsplan sollen laut Bürgermeister Steffen Harzer an diesem Verkehrsknotenpunkt

der Stadt bestehende Problemfelder untersucht werden. Ziel sei es, diesen Eingangsbereich zum historischen Stadtzentrum attraktiver zu gestalten. Für die angrenzende Bebauung im Bereich Coburger und Obere Marktstraße soll festgelegt werden, wie bestehende Baulücken geschlossen und etwaige Ersatzneubauten – konkretes Beispiel: VR-Bank – entwickelt werden können. Mit der Einordnung von Grünflächen und Bäumen sowie der Neuregelung des ruhenden Verkehrs solle die „städtebauliche und Aufenthaltsqualität im betreffenden Bereich wesentlich verbessert werden.“ Der ursprüngliche Geltungsbezirk war mit dem Beschluss im Mai noch um die Quartiere Weitersrodaer Straße/Kleinodsfeld sowie Am Spittelbach erweitert worden.

Die Freien Wähler hatten sich in früheren Sitzungen bereits gegen diesen Bebauungsplan ausgesprochen, unter an-

derem weil sie fürchten, der Bau eines Parkhauses in der Coburger Straße werde so festgeschrieben. Sie wollten die Fläche für alle Nutzungsvarianten offen halten. Sie stimmten mit „Nein“ oder enthielten sich

80 Prozent Förderung

„Wir wollen mit der Aufstellung des B-Planes vor allem Rechtssicherheit schaffen für die Stadt, aber auch für Grundstückseigentümer und eventuelle Investoren“, betonte der Bürgermeister. Die Aufstellung des Planes sichere zudem die Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange. Mit insgesamt rund 15 000 Euro werden die Planungskosten veranschlagt. Wird dem Förderantrag stattgegeben, kommen 80 Prozent der Summe, also 12 000 Euro vom Land, die Stadt Hildburghausen muss 3000 Euro aus Eigenmitteln beisteuern.

ng